

**Kein Verkauf der
VNG-Anteile der
Stadtwerke Halle**

Seite -3-

**Luxemburg -
Liebknecht -
Ehrung 2009**

Seite -4-

**Zehn Jahre Europäische
Währungsunion -
zehn Jahre fehlende Sozial-
union**

Seite -6-

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

1. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

13. Januar 2009

Einstimmung auf das Wahljahr 2009

So lautete das Hauptthema auf der Basisberatung am 7. Januar in der Blumenstraße.

Die Medienwelt spricht gern von einem Superwahljahr.

Unser politisch linkes Ziel ist eine andere, eine neue Politik, die ist aber nur durch neue Mehrheitsverhältnisse zu verwirklichen. Dafür gibt es Chancen.

erste größere Auftakt in diesem Jahr wird die erste Tagung des 3. Stadtparteitages am 17. Januar sein, auf dem auch die Vertreterinnen und Vertreter zu den Vertreterversammlungen für die Listenaufstellung zur Europawahl und Bundestagswahl erfolgt. Auf dieser ersten Tagung wird auch der Entwurf unseres Kommunalwahl-

programmes vorgestellt, und auf der 2. Tagung ist dann die Kandidatenliste mit dem Kommunalwahlprogramm zu beschließen.

Swen Knöchel noch einige Gedanken und Hinweise, wie wir dieses Jahr den Wahlkampf bewältigen könnten. Ausgehend von unseren Kräften muß es nicht um jeden Preis darum gehen, jeden Lichtmasten mit einem Plakat zu versehen. Nach seiner Meinung ist Einsatz drei Wochen vor der jeweiligen Wahl verlangt, um an Info-Ständen mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, das kann oftmals nachhaltiger wirken, als stapelweise Papier auszuhändigen. Außerdem wird es an markanten Punkten Aufsteller geben, so dass wir als Partei wie immer öffentlich wahrnehmbar sind.

Weiterhin ist angedacht, eine Wahlzeitung herauszugeben, die dann flächendeckend an alle Haushalte zu verteilen ist. Das ist natürlich ein hoher logistischer Anspruch, der aber durch unsere relativ hohe Mitgliederzahl in unserer Stadt zu verwirklichen ist.

An dieser Aktion kann sich eine beachtliche Anzahl unserer Mitglieder entsprechend ihrer Kräfte beteiligen.

Alle wichtigen Termine sind jeweils aus einer veröffentlichten Zeitleiste zu ersehen.

Hajo Gunkel

Wahlen'09
Original sozial 

Am 7. Juni sind Europawahlen und in Sachsen-Anhalt gleichzeitig Kommunalwahlen. Auf den 27. September ist die Bundestagswahl gelegt worden.

Zu all dem sind Parteilisten zu erstellen, um an den Wahlen teilzunehmen. Auf Grund unseres Parteiengesetzes müssen diese über einen basisdemokratischen Prozeß entstehen, um den politischen Willen von unten nach oben zutragen. Dazu waren die Basisorganisationen aufgerufen, Delegierte und Vertreter zu wählen. Der

Interessenten sind herzlich eingeladen. Unsere Veranstaltungen sind stets öffentlich. Am 31. März wird es eine Vertretervertreterversammlung des Bundestagswahlbezirkes 73 geben, der auch die Vertreter aus den Saalekreismunicipalitäten wie z.B. Landsberg und Ostrau einschließt. Unserer innerparteilichen Demokratie müssen wir ebenfalls gerecht werden, d.h. wir müssen auch einen neuen Stadtvorstand wählen. Dazu ist der 13. Juni angedacht.

Auf den Schluss zugehend äußerte

Aus der Stadtratssitzung vom 17.12.2008

Es war wieder eine turbulente Sitzung des Stadtrates, keine ruhige besinnliche Einstimmung auf die Weihnachtszeit! Und das Halle-Fernsehen nahm auch wieder die gesamte Sitzung auf! Für jede Bürgerin/ jeden Bürger gibt es jetzt die Möglichkeit, die kompletten Sitzungen des Stadtrates zu verfolgen!

Durch heftige Kontorverse gekennzeichnet war die Diskussion um die städtischen Anteile am ostdeutschen Gasimporteur VNG (Leipzig). Gemeinsam mit der CDU-Fraktion brachte unsere Fraktion den Antrag ein, „die Oberbürgermeisterin als Vertreterin des Gesellschafters Stadt, die Geschäftsführung der VVV der Stadt Halle anzuweisen, die derzeitigen Aktien an der VNG-Verbundnetz gas AG nicht zu veräußern.“

Heftig wurde für und vor allem auch durch die Oberbürgermeisterin Frau Szabados gegen das Anliegen argumentiert. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung besagt nun, dass Halles Aktien in der Beteiligungsgesellschaft (VuB) bleiben, also nicht verkauft werden. Bodo Meerheim hat u. a. argumentiert, „Der kommunale Einfluss bei der VNG muss erhalten bleiben!“ Das Hauptargument der Oberbürgermeisterin war, dass alle Optionen offen gehalten werden müssen, um dann zu entscheiden, was damit wird. Und das könne man nur mit einem Verkauf! Der Aufsichtsrat der Stadtwerke hatte den Austritt aus der VUB bereits beschlossen. Der Ratsbeschluss, der mit großer Mehrheit gegen die Auffassungen der Oberbürgermeisterin gefasst wurde, kann aber z. Z. nicht umgesetzt werden. Die Oberbürgermeisterin hat sofort nach der Entscheidung ihren Widerspruch erklärt. Sie kritisierte zum einen, dass die Debatte hätte im nicht öffentlichen Teil geführt werden müssen und dass

ein solcher Beschluss nicht in die Kompetenz des Stadtrates gehöre. Das Thema wird uns also im Januar wieder beschäftigen!

In der Diskussion im Stadtrat war ebenfalls die Müllgebührensatzung. Auch hier gab es etliche Debatten! Grund dafür war vor allem ein Antrag des Finanzausschusses, der die zu behandelnde Abfallgebührensatzung veränderte und es zu einem neuen Beschlusstext kam. Hintergrund ist eine Klage, die der CDU-Stadtrat Werner Misch gegen die jetzig gültige Gebührenkalkulation geführt und gewonnen hat. Die Berechnung der Gebühren für 2009 gehen jetzt um 1,5 Millionen „runter“, so dass die Gebühren für die einzelnen BürgerInnen auch weniger werden. Aber auch gegen diese Vorlage hat Frau Szabados inzwischen Widerspruch erhoben. Unter anderem verweist sie in der Klageschrift auf die Teilnahme an der Abstimmung durch Herrn Misch im Stadtrat.

Der Antrag unserer Fraktion zur Aufhebung des Beschlusses zur Außerdienststellung des Neustädter Friedhofes fand leider keine Mehrheit. Bodo Meerheim argumentierte in der Diskussion, dass sich manchmal auch Stadträte irren können. Die Abstimmung zu dieser Vorlage war vor allem eine Abstimmung auf der finanziellen Basis, die Diskussion mit und von den BürgerInnen Halle-Neustadts hat aber gezeigt, dass hier auch viele Emotionen eine Rolle gespielt haben. Inzwischen haben die Argumente der Neustädter BürgerInnen die Mehrheit der Fraktion überzeugt. Die Oberbürgermeisterin hat nochmals betont, dass sie mit dem Halle-Neustadt-Verein, dem Seniorenrat der Stadt Halle (Saale) u.a. ein Gespräch zur Thematik führen wird, aber an dem Beschluss wurde vorerst nicht gerüttelt! Ob es jetzt tatsächlich zu einer Bürgerabstimmung kommen wird, ist fraglich!

Ute Haupt



Sponsoringangebote durch Umlandgemeinden zwar gut gemeint, aber nicht zielführend

Sponsoringangebote durch die Umlandgemeinden an die Stadt Halle für die Stadionsanierung sind, so der für Raumordnung zuständige Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt und im Stadtrat in Halle, Dr. Uwe-Volkmar Köck, zwar sehr löblich, aber längst nicht ausreichend.

Eine Großstadt wie Halle muss ihren Haushalt auf solider Grundlage planen und nicht als Patchwork aus eventuell eingehenden Sponsorengeldern. Es bedarf fester vertraglicher Vereinbarungen zur gemeinsamen Finanzierung von auf den regionalen Bedarf ausgerichteter Infrastruktur, von Leistungen der Daseinsvorsorge und freiwilliger Leistungen.

Mit dem Stadt-Umland-Verband zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung steht sogar bereits eine kommunale Struktur bereit, die nach entsprechender Satzungsgestaltung und Gebietsanpassung diese Aufgabe übernehmen könnte.

Kein Verkauf der VNG-Anteile der Stadtwerke Halle



Zum weiteren Umgang mit den Anteilen der Stadtwerke der Stadt Halle am Gasversorger VNG erklären der Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN, Wulf Gallert und der Vorsitzende der Stadtratsfraktion Halle, Dr. Bodo Meerheim:

Die Fraktionen der LINKEN im Landtag von Sachsen-Anhalt und im Stadtrat von Halle fordern die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle auf, ihren Widerstand gegen den Verbleib der VNG-Aktien im Besitz der Stadtwerke einzustellen.

Der Verkauf oder Nichtverkauf dieser Anteile ist keine Frage der kommunalrechtlichen Bewertung, hier geht es um Fragen der Zukunftssicherung der größten Stadt Sachsen-Anhalts und des Landes insgesamt.

Die Anteile der ostdeutschen Kommunen am Gasversorger VNG oberhalb der Sperrminorität sind von strategischer Bedeutung für die Entwicklung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und des Wirtschaftsstandortes im Süden Sachsen-Anhalts und mitteldeutschen Region. Deshalb muss dieser Verkauf selbst unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle gestoppt werden. Zumindest muss gewährleistet sein, dass im Falle eines nicht mehr zu verhindernden Verkaufs die anderen ostdeutschen Anteilseigner die Anteile der Stadtwerke Halle übernehmen können.

Darüber hinaus würde der Verkauf der Anteile nur einen eher kurzfristigen haushalterischen Entlastungseffekt bringen, damit diesem Verkauf langfristig bedeutende Einnahmen aus Unternehmensgewinnen der VNG für die Stadt verloren gingen. Zudem würden so die Chancen der Mitwirkung am Auf- und Ausbau eines ostdeutschen Energieclusters verbaut und künftige Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Preisgestaltung vertan.

Vor diesem Hintergrund ist der Widerstand der Oberbürgermeisterin Szabados gegen den Stadtratsbeschluss vom 17. Dezember 2008 rechtlich unterschiedlich zu bewerten, politisch ist dieser Widerstand auf jeden Fall falsch und kann die Perspektiven der Stadt nachhaltig belasten.

Parteitage und VertreterInnenversammlungen 2009

- | | |
|----------------------------|--|
| 17. Januar | 1. Tagung des 3. Stadtparteitages DIE LINKE Halle |
| 28. Februar/1. März | Bundesparteitag in Essen |
| 14. März | 2. Tagung des 3. Stadtparteitages DIE LINKE Halle, Aufstellung der KandidatInnen für die Kommunalwahl und Beschluss des Kommunalwahlprogrammes |
| 31. März | VertreterInnenversammlung zur Aufstellung einer WahlkreisbewerberIn der LINKEN für den Bundestagswahlkreis 73 |
| 25. April | LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl |
| 20./21. Juni | Bundesparteitag in Berlin |
| Juni | 3. Tagung des 3. Stadtparteitages, Neuwahl des Stadtvorstandes und der Delegierten für den Landesparteitag |
| Oktober | Landesparteitag |

Luxemburg - Liebknecht - Ehrung 2009

Nun endlich ist es gelungen, dass auch von Halle ein Bus zum ehrenden Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nach Berlin fuhr.

Gemeinsam vom Kreisverband Saalekreis und dem Stadtverband Halle organisiert, fuhr ca. 35 GenossInnen nach Berlin. Einige nahmen an der Demonstration zur Gedenkstätte teil, andere legten ihre Blumen direkt an der Ehrenstätte der Sozialisten ab.

Auch zum 90. Jahrestag der Ermordung der beiden Sozialisten kamen ca. 80000 Menschen vieler Länder, vieler Anschauungen trotz eisiger Kälte zusammen, um die zu ehren, die kompromisslos für Frieden und Völkerverständigung gekämpft haben. Im Angesicht der sich verschärfenden Krise in allen Bereichen des Lebens war die Demonstration, welche durch ein Feuerwerk der Antifa begrüßt wurde, ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Frieden, in diesem Jahr besonders in der Ablehnung des Krieges im Gazastreifen, aber auch in allen anderen Ländern, in denen trotz aller Armut, Leid und Not der Ärmsten immer noch Geld genug vorhanden ist, Waffen zu kaufen, um im Namen von Religionen, Rasse und Gesetzen Kriege zu führen, in welchen es letztlich nur um Macht und knapper werdende Ressourcen unserer Erde geht. Einmal hießes: „Kein Blut für Öl“. Wenn wir nicht energisch gegensteuern, wird es bald heißen: „Blut für Wasser“.

In Anbetracht der Entwicklung, welche wir leider zu beobachten gezwungen sind, macht es Mut,



den 2. Sonntag im Januar friedliebende Menschen aller Couleure zu sehen, denen, meiner Meinung nach, eines gemeinsam ist: Streiten für eine friedliche, allen Menschen lebens- und liebenswerte Erde. Die GenossInnen, welche an der Fahrt teilgenommen haben, waren sich einig, nächstes Jahr fahren wir wieder mit dem Bus nach Berlin zu Karl und Rosa. In diesem Sinne

hoffe ich, dass diese Fahrt auch für „Neueinsteiger“ ein fester Termin wird, unser gemeinsamer politischer Neujahrstag.

Das Jahr 2009 mit allen seinen Herausforderungen als Wahljahr hat begonnen und gemeinsam werden wir es zu einem erfolgreichen Jahr für DIE LINKE werden lassen.

Marianne Böttcher



Neues aus Berlin: Rot-rot hilft.

Die Überwindung von Hartz IV und die Nutzung sämtlicher politischen und rechtlichen Spielräume im Interesse der Betroffenen ist ein Thema, das uns allen am Herzen liegt. Nun hat der Senat von Berlin - der Stadt mit den meisten Hartz IV-Beziehenden (über 600.000) - die Neufassung der Ausführungsverordnung (AV) Wohnen für Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeldbeziehende verhandelt. Das war nicht unkompliziert, aber im Kern erfolgreich, obwohl in einem Punkt das Bundesrecht nun auch in Berlin gelten wird. Zur Information und für die politischen Debatten ein Newsletter von Dr. Heidi Knake-Werner, unserer Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, in Berlin.

Neue Ausführungsvorschrift Wohnen: ein erster Schritt

Am 9.12.2008 hat sich der Senat nach monatelangen Verhandlungen auf eine Neuregelung der Ausführungsvorschrift (AV) Wohnen für Arbeitslosengeld-II-Beziehende und Sozialhilfeempfangende geeinigt.

Mit der SPD war eine umfassende Einigung über die Anpassung der festgelegten Richtwerte an die gestiegenen Miet- und Energiekosten nicht zu erzielen. Deshalb haben wir in einem ersten Schritt jetzt den Richtwert für Ein-Personen-Haushalte um fünf Prozent auf 378 Euro Bruttowarmmiete erhöht. Das kommt rund 190.000 Betroffenen zugute. Insgesamt haben wir in Berlin rund 605.000 Menschen im Hartz-IV- bzw. Sozialhilfebezug. Aber knapp 60 Prozent der betroffenen Haushalte sind Singles, sie profitieren von der Neuregelung.

Für alle weiteren Haushalte haben wir mit der SPD vereinbart, dass wir dies spätestens Mitte kommenden Jahres angehen, wenn die aktuellen Daten für den Mietspiegel 2009 und über die Entwicklung der Betriebskosten vorliegen. Orientierungsrahmen für die Festlegung der neuen Richtwerte werden die Mieten über den gesamten Wohnungsbestand sein - also nicht

etwa nur die Wohnungen in sogenannter einfacher Wohnlage, wie es der Finanzsenator anstrebte.

Gleichzeitig hat sich der Senat dazu bekannt, auch künftig Segregation zu verhindern. Damit werden Arbeitslosengeld-II- und SozialhilfebezieherInnen auch in Zukunft nicht nur in wenige Randlagen der Stadt verwiesen. Der Senat hat ferner bekräftigt, dass den Betroffenen »ein Wegzug aus dem sozialen Umfeld nicht zugemutet werden kann« (Senatsbeschluss).

Bis zur Vorlage der neuen Zahlen und der dann folgenden Festsetzung neuer Richtwerte hat der Senat ein Moratorium vereinbart. Das bedeutet, dass keine Kostensenkungsverfahren eingeleitet werden dürfen, wenn die Mieten die gültigen Richtwerte nur aufgrund aktuell gestiegener Betriebskosten übersteigen.

Ein wesentlicher - hart umstrittener Punkt - bei den Neuverhandlungen der AV Wohnen war die sogenannte Ein-Jahres-Frist. Anders als in den meisten anderen Städten und Gemeinden enthält unsere AV eine Übergangsfrist von einem Jahr, bevor die Jobcenter prüfen, ob die Wohnungskosten angemessen sind. Das heißt: die Betroffenen hatten ein Jahr Zeit, sich um einen neuen Job zu kümmern statt eine neue Wohnung zu suchen. Über 40

Prozent der Betroffenen haben das auch geschafft.

Mit dieser Regelung haben wir also gute Erfahrungen gemacht.

Wir wollten den Betroffenen ermöglichen, in ihren Wohnungen, mindestens aber in ihrem sozialen Umfeld zu bleiben. Wir wollen soziale Härten vermeiden und haben deswegen auch z.B. für Alleinerziehende, Ältere, Menschen mit Behinderungen oder Menschen, die sehr lange in ihrem Kiez leben, Ausnahmeregelungen geschaffen, die im Einzelfall auf Kostensenkungsverfahren verzichten oder die Kostenübernahme auch bei Überschreitung der Richtwerte bis zu 10 Prozent zulassen.

Damit haben wir offenbar richtig gelegen, denn fast alle Betroffenen konnten in ihren Wohnungen bleiben. Bei über 600.000 Menschen, die in rund 331.000 so genannten Bedarfsgemeinschaften leben, haben nur rund 1,5% die Richtwerte überschritten. Viele haben die zu hohen Kosten durch Selbstbeteiligung oder Untervermietung gesenkt. Nur sehr wenige mussten umziehen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. 2006 waren es 416, im Jahr 2007 waren es 680 und in diesem Jahr bis einschließlich September 421.

Die Sonder- und Härtefallrege-

lungen bleiben erhalten, aber die Ein-Jahres-Frist widerspricht der bundesgesetzlichen Regelung.

Der Bundesarbeitsminister hat deshalb nach Aufforderung durch den Bundesrechnungshof und den Haushaltsausschuss des Bundestages verlangt, dass wir die Jahresfrist abschaffen, verbunden mit der Drohung, dass Erstattungsansprüche des Bundes an das Land Berlin fällig und notfalls eingeklagt werden.

Wenn nach Überprüfung anhand der festgelegten Kriterien wie z.B. der Betriebskosten oder der Sonder- und Härtefallregelungen die Wohnkosten angemessen sind, müssen die Jobcenter die Kosten übernehmen. Andernfalls erhalten die Betroffenen nach 6 Monaten nur noch Mittel für die Wohnung in Höhe der festgelegten Richtwerte. Dann bleibt ihnen lediglich, die Kosten zum Beispiel durch höhere Selbstbeteiligung, Untervermietung oder auch Umzug zu senken.

Über die Jahresfrist haben wir lange mit dem Bund verhandelt. Doch das vernünftige Argument zählt nicht, solange die geltende Rechtslage eine andere ist.

Diese Frage ist nicht juristisch, sondern nur politisch zu gewinnen. Dazu brauchen wir Mehrheiten auf der Bundesebene. Wir arbeiten deshalb weiter daran, dass das Land Berlin diese Forderung in den Bundesrat einbringt und auf eine Gesetzesveränderung hinwirkt.

Die Bundestagsfraktion der Linken hat die Bundesregierung scharf kritisiert, dass sie das Land Berlin gezwungen hat, die vernünftige Ein-Jahresregelung abzuschaffen und wird ihrerseits in einem Antrag die Einführung dieser Frist auf Bundesebene verlangen.

Zehn Jahre Europäische Währungsunion - zehn Jahre fehlende Sozialunion

Anlässlich des 10. Jahrestages der Euro-Einführung erklärt das Mitglied des Vorstands der Partei DIE LINKE und der Europäischen Linken, Helmut Scholz:

Zehn Jahre Währungsunion haben gezeigt, dass unsere Kritik an den konkreten Bedingungen der Einführung berechtigt war. Da die anhaltenden wirtschaftlichen Unterschiede nicht mehr über Abwertungen der nationalen Währungen ausgeglichen werden konnten, eine Sozialunion mit gemeinsamen Mindeststandards aber fehlte, begann ein Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und Sozialleistungen. Durch den 1997 eingeführten Stabilitätspakt, der die dauerhafte Einhaltung der ausschließlich monetären Konvergenzkriterien beinhaltete, wurde diese Entwicklung noch forciert. Für die meisten Bürgerinnen und Bürger ist der Euro nach wie vor ein „Teuro“. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen haben sich Schritt für Schritt verschlechtert. Viele können deshalb den vorab vielgepriesenen Vorzug des Reisens ohne Geldumtausch nicht nutzen.

DIE LINKE und die Europäische Linke fordern deshalb einen grundlegenden Wechsel in der EU-Politik. Unser Ziel ist ein friedliches, soziales, ökologisches und solidarisches Europa. DIE LINKE und die Europäische Linke fordern gemeinsame soziale und ökologische Mindeststandards und EU-weit existenzsichernde und menschenwürdige Mindestlöhne. Die neoliberale Wirtschafts- und Geldpolitik muss beendet werden. An deren Stelle muss eine Politik treten, die die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger und der Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Die Europäische Zentralbank beispielsweise muss der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterliegen und darf nicht allein der Preisstabilität, sondern muss gleichrangig dem Wachstum und der Beschäftigung verpflichtet sein. Die Geldpolitik der EU muss in geeigneter Form mit den in nationaler Verantwortung liegenden Wirtschafts-, Steuer-, Finanz-, Beschäftigungs- und Sozialpolitiken koordiniert werden.

Zum Hintergrund:

Am 1. Januar 1999 begann mit der Einführung des Euro als gemeinsamer Währung die dritte und letzte Stufe der Europäischen Währungsunion. Kurz zuvor wurden feste Umrechnungskurse zwischen den nationalen Währungen und dem Euro festgelegt. Der Euro wurde zunächst als Buchgeld in elf der damals 15 Mitgliedstaaten (ohne Großbritannien, Dänemark, Griechenland und Schweden) eingeführt. Anfang 2002 folgte dann die Bargeldeinführung; der Euro wurde alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Heute gehören 15 Mitgliedstaaten der Eurozone an. Am 1. Januar 2009 wird die Slowakei aufgenommen.

Die PDS hatte sich damals unter der Losung „Euro - so nicht!“ gegen seine Einführung zu den konkreten Bedingungen ausgesprochen. Sie kritisierte vor allem, dass die Konvergenzkriterien ausschließlich monetär und zudem willkürlich festgelegt worden waren, dass keine demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank gewährleistet war und die Währungsunion nicht von einer Sozialunion flankiert wurde.

Standortentscheidung Finanzamt Halle überfällig

Anlässlich der erneut aufgekommenen Debatte um die Kosten der Finanzamtsstrukturreform erklärt Dr. Angelika Klein, finanz- und haushaltpolitische Sprecherin der Fraktion:

„Die Regierungsentscheidung zu den Finanzämtern im Jahr 2007 hat von Anfang an viele Fragen offen gelassen. Dazu gehörten nicht nur die umstrittenen Standortentscheidungen im Harz und in Anhalt-Bitterfeld, sondern auch die Kosten für die Strukturreform im südlichen Sachsen-Anhalt. Die Reduzierung der Finanzämter im Süden hängt vom angemessenen Ausbau des Finanzamtes in der Stadt Halle ab. Wenn dort nichts passiert, bleibt die Strukturreform auf halbem Wege stecken.

Die gegenwärtigen Verhältnisse im Finanzamt in der Blücherstrasse sind weder für die Belegschaft noch für die Bürgerinnen und Bürger tragbar. Das ist hinreichend bekannt, nicht erst seit gestern.

Und bekannt war und ist ebenso, dass die Kosten für die geplante Sanierung der Scheibe C für das künftige Finanzamt Halle nicht unter die Einsparungen der Strukturreform fallen sollte. Der gegenwärtige Streit zwischen den Ministerien ist unverständlich.

Für den Standort des künftigen Finanzamtes Halle ist eine Entscheidung schon lange überfällig, deshalb erwartet DIE LINKE von der Landesregierung eine entsprechende Lösung.“

Wulf Gallert

Belebung der Wirtschaft, Unterstützung der Kommunen statt kleinlichem Parteiengezänk

„Das neue Jahr beginnt, wie das alte endete: Da erklärt auf der einen Seite der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Scharf, Haushaltskonsolidierung behalte hohe Priorität.

Und auf der anderen Seite die Minister Haseloff und Hövelmann - sie wollen Investitionen in Infrastruktur fördern, den Kommunen helfen, und das ist nur zu begrüßen, allerdings nicht zum Null-Tarif zu haben. Es ist höchste Zeit, dass - wie von der LINKEN seit Wochen gefordert - etwas in Sachen Konjunkturbelebung geschieht. Ansonsten droht Sachsen-Anhalt tatsächlich, in Folge einer Politik der ruhigen, wenn nicht der eingeschlafenen Hand beträchtlichen Schaden zu nehmen. Nicht nur die jüngsten Arbeitslosenzahlen sind ein ernsthaftes Warnzeichen.

Das Problem allerdings ist für alle offensichtlich: Die Pläne der beiden Minister stehen in offenem Widerspruch zur Meinung der CDU-Landtagsfraktion oder doch zumindest ihres Vorsitzenden. Denn die Umsetzung der Vorhaben der Minister hätte wohl gewiss eine Abschwächung der Haushaltskonsolidierung zur Folge.

Vollends paradox wird die Situation, wenn Herr Scharf von der CDU-Fraktion dann noch gebetsmühlenartig wiederholt, man müsse sich stärker mit der LINKEN auseinandersetzen, schließlich stelle die immer nur unbezahlbare Forderungen.

Abgesehen davon, dass die Vorschläge und Forderungen der LINKEN mitnichten im luftleeren Raum stehen, sondern solide untersetzt sind, übersieht der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion - wissentlich oder nicht -, dass es die Vorschläge der Minister Haseloff und Hövelmann sind, die - zumindest in seiner Logik - unbezahlbar sind. Anstatt also den Pappkameraden der LINKEN aufzustellen, sollte er die Auseinandersetzung wohl eher in den eigenen und den Reihen der Koalition führen. Das scheint allemal sinnvoller, als immer wieder kleinliches Parteiengezänk vom Zaune zu brechen, das eigentlich Niemanden interessiert. DIE LINKE wird alle vernünftigen Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur, zur Unterstützung der Kommunen befördern, jetzt ist wahrlich die Zeit aktiven Handelns.

Und es sei gerne erneut wiederholt: Wirtschaftliche Vernunft und die Stärkung der Kommunen zur Gewährleistung der Öffentlichen Daseinsvorsorge werden an der LINKEN ganz gewiss nicht scheitern.“

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - täglich

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

08.01.2009

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 22.01.2009